



München, 15.06.2016

SPD: In Bayern fallen jährlich sechs Millionen Unterrichtsstunden aus

Fraktionschef Rinderspacher: "Tiefer Krater in der Bildungslandschaft" - Bildungssprecher Güll: Staat spart auf Kosten von Kindern und Lehrern

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert den hohen Unterrichtsausfall an bayerischen Schulen. Wie die Antwort auf eine SPD-Anfrage ergeben hat, fielen im Schuljahr 2014/15 an allen Schularten etwa acht Prozent des Unterrichts aus, das entspricht 165.423 Unterrichtsstunden pro Woche oder rund sechs Millionen Stunden im Jahr. "Ich finde diese Antwort erschreckend. Der Unterrichtsausfall ist wie ein tiefer Krater in der Bildungslandschaft", erklärte Fraktionschef **Markus Rinderspacher** heute (15. Juni) beim SPD-Pressestammtisch im Bayerischen Landtag. Durch in erheblichem Maß nicht gehaltenen Unterricht würden den Kindern Bildungs- und Aufstiegschancen genommen, ihre Förderung bleibe auf der Strecke, bedauerte der SPD-Fraktionschef.

Der SPD-Bildungssprecher **Martin Güll** sieht die Qualität der Unterrichtsversorgung in Bayern massiv beeinträchtigt. Er kritisierte beim Pressestammtisch, dass 3,5 Millionen Stunden von Lehrern zusätzlich zum eigenen Unterricht vertreten werden. "Die Staatsregierung spart auf Kosten der Schüler und Lehrkräfte. Die Gesundheit unserer Lehrer und Lehrerinnen leidet unter der dauernden Mehrarbeit", erklärte der Vorsitzende des Bildungsausschusses.

Die Situation an den bayerischen Schulen alarmiert die SPD auch deshalb, weil der Oberste Bayerische Rechnungshof bereits 2007/08 an Realschulen einen Unterrichtsausfall von elf Prozent festgestellt hatte. Genauso viel Unterricht entfiel auch 2014/15. "Es hat sich also nichts verbessert", bedauerte Güll.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, jede durch den Schülerrückgang frei werdende Stelle im System zu behalten. "Das Wort ´demographische Rendite´ darf im Haushalt nicht mehr vorkommen", sagte Güll. Weiter müsse die sogenannte Mobile Reserve für die Grund-, Mittel-

und Förderschulen aufgestockt und neu konzipiert werden. Längerfristige Vertretungen wie Elternzeit und Mutterschutz sollten anders geregelt werden. Für die weiterführenden Schulen, wie Realschulen und Gymnasien, schlägt Güll vor, eine Personalreserve von zehn Prozent vorzusehen (Integrierte Reserve). Schließlich sei es langfristig erforderlich, die Lehrer so auszubilden, dass sie an verschiedenen Schularten unterrichten können und nicht in der Arbeitslosigkeit landen. Zum kommenden Schuljahr rechnet Güll damit, dass 3.000 Gymnasial- und Realschullehrer keine Anstellung beim Staat bekommen werden.

Die Pressevorlage und weitere Informationen zum Unterrichtsausfall finden Sie hier:

[Vorlage zur Pressekonferenz Unterrichtsausfall \(PDF, 374 kB\)](#)

[Anlagen zur Vorlage Unterrichtsausfall \(PDF, 1,76 MB\)](#)